

RETTÖ

Ziele der Befragung

Dem Leser/bzw. Wähler sollen folgende Einblicke in die Einstellung und Absichten der politischen Parteien geboten werden.

- Wie sehr ist Klimaschutz ein Anliegen der Partei?
- Eine Priorität! Es muss jedenfalls sicher gestellt werden, dass sich auch Industrie und Handel wesentlich darauf konzentrieren müssen, und nicht nur die Privatleute (was ja nur einen Bruchteil der eigentlichen Problematik darstellt). Eine Trendumkehr der EU und der hörigen Staaten weg von abhängig machender Atomkraft (wobei ja weder die Endlagerung geklärt ist, noch ausreichende Sicherheiten gewährleistet werden können), und kompromissloser Ausbau auf dem Sektor erneuerbare Energien muss das oberste Ziel sein.
- Wie intensiv verfolgt die Partei eine Ökologisierung der Wirtschaft?
- Wie oben: Klimaschutz und Autarkie im Energiebereich gehören zu unseren obersten Grundsätzen. Jeder Betrieb könnte auf dem Firmengelände genug Anwendungen zur Erzeugung erneuerbarer Energien installieren, um zumindest den Eigenbedarf zu decken. Wir würden uns nicht nur die enormen Käufe von CO2 Zertifikaten sparen, sondern damit eine wesentliche Vorreiterrolle spielen. Wir werden darauf drängen, dass der Verbund und der ganze angeschlossene Filz eine Dezentralisierung der Energieversorgung nicht nur erlaubt, sondern auch fördert.
- Mit welchen Mitteln möchte die Partei Klimaschutzmaßnahmen umsetzen?
- Unbedingte Förderung und Dezentralisierung von erneuerbarer Energie in allen Bereichen. Schrittweise Abkoppelung von diesbezüglichen Abhängigkeiten (Stromzulieferungen von AKWs, Pipelineversorgungen von Russland, Türkei etc.), Entwicklung von dezentraler Orts- oder Gemeindeversorgung wie z.B. in Güssing. Entwicklung von Technologien, die auch für Drittländer attraktiv adaptiert und damit verkauft werden können. Hilfestellung dieser Problematik auch für Länder der 3. Welt.

Es geht nicht, dass mit den österreichischen Forschungsmitteln tolle Entwicklungen wie z.B. die Plastikphotovoltaik finanziert werden, die dann aber an eine amerikanische spin-off Firma, die noch dazu ein Militärlieferer ist, abgegeben wird, und für Österreich damit für die nächsten Jahre nicht mehr lukriert werden kann.

(Quellen: Der Standard; JFK-Uni Linz – Univ. Prof. Serdar Sariciftci; Konarka)
- Welche Kurskorrekturen wird die Partei ergreifen, wenn erkennbar ist, dass die eigene Strategie das gesetzte Ziel verfehlt?
- Wir setzen hier auf eine dynamische Entwicklung: d.h. Eine Zusammenarbeit mit allen beteiligten Instanzen ist unbedingt erforderlich und daraus ergeben sich automatisch die jeweiligen Möglichkeiten im jeweiligen Zeitrahmen. Immer das Ziel einer Autarkie im Energiebereich vor Augen! Eine solche ist zum jetzigen Zeitpunkt lt. Expertenmeinung mit der Energiewende in etwa 10 Jahren möglich, vielleicht schon eher, wenn die öffentliche Meinung besser darauf fokussiert werden kann.
- Nicht zuletzt sollte das Ergebnis dieser Befragung die später regierende(n) Partei(en) an ihre Versprechung und Ziele zu erinnern.
- Vielen Dank!

Mit freundlicher Empfehlung,

Elisabeth Sabler

RETTÖ, Wien

Tel.: 0699/1913 0763

Die Stellungnahme wird auf www.oekonews.at Österreichs erster Tageszeitung für Erneuerbare Energie und Nachhaltigkeit, sowie auf den Seiten der unterstützenden Organisationen veröffentlicht.

Oekonews ist mit rund 580.000 Zugriffen per Monat Österreichs größtes Onlineportal für Umwelt und Energie.

Fragen

1 Klimaschutzziel

1. Welche Ziele setzt sich Ihre Partei hinsichtlich Reduktion von klimawirksamen Emissionen?

Bis wann sollen Emissionen auf den Stand von 1990 reduziert werden

Bis wann auf die Hälfte bzw. auf Null reduziert werden?

Mit der Energiewende ist dies lt. Experten in ca. 10 Jahren zu schaffen!

2. Einschätzen des Potenzials für Energieeinsparung und der Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen.

Wie schätzen Sie die Aufteilung der Gesamtenergie im Jahr 2015 ein, wenn die Klimaschutzaktivitäten so weiterlaufen wie bisher (2015-A) bzw. mit Maßnahmen gemäß dem eigenen Parteiprogramm (2015-B, 2030-B)? (Angaben in %)

	Statistik 2003	2015 - A	2015 - B	2030 - B
Fossilenergie (Öl, Gas, Kohle)	78,4%	%	%	%
Wasserkraft	9,4%	%	%	%
Biomasse	10,0%	%	%	%
Windenergie	<1%	%	%	%
Sonnenenergie	<1%	%	%	%
Atomenergie und Atomstromimporte	<1%	%	%	%
Sonstige .	1,4%	%	%	%
Summe:	100 %	100 %	100 %	100 %

Wenn wir die Energiewende nicht schaffen und sich die Verbundgesellschaften weiterhin jeglicher Dezentralisierung entgegenstellen und ihre Monopolstellungen nötigenfalls mit Gewalt verteidigen, ist eine Einschätzung unseriös. Mit der Energiewende ist die österreichische Autarkie im Energiebereich in ca. 10 Jahren möglich.

Wie schätzen Sie die Entwicklung des Gesamtenergieverbrauchs ein, wenn es so weiterläuft wie bisher (2015-A) bzw. mit Maßnahmen gemäß dem eigenen Parteiprogramm (2015-B, 2030-B)? (Angaben in %)

	2006	2015 - A	2015 - B	2030 - B
Primärenergieverbrauch Österreich	100%	%	%	%

2 Politische Klimaschutzmaßnahmen

3. Energiesparen wird schon seit Jahrzehnten gepredigt und mit Hilfe zahlreicher Fördermechanismen versucht umzusetzen. Die Realität zeigte jedoch Jahr für Jahre eine Verbrauchsteigerung.

Ist die Energieverbrauchsreduktion ein wesentliches Ziel für Ihre Partei?

Wenn ja, wie sollen die vergangenen Misserfolge überwunden werden, um den Energieverbrauch erfolgreich zu reduzieren?

Aufklärung der Bevölkerung ist notwendig, aber vor allem muss die Industrie und der Handel dazu gebracht werden, sich verbindlich einer Energieverbrauchsreduktion zu befleißigen. Die Industrie muss wieder bessere Geräte herstellen, und nicht

Wegwerfprodukte zur Gewinnsteigerung herstellen. Das gleiche gilt für die unkontrollierten Transporte kreuz und quer durch die Welt (eine Blue Jean legt z.B. über 40.000 km zurück,

bevor sie in unseren Regalen landet) aus dem selben Grund. Das sind die grundlegenden Missstände, die wir aufzeigen und massiv bekämpfen werden.

4. Ökologisierung des Wirtschaftssystems:

Viele Wirtschaftsexperten/innen sehen in der aufkommensneutralen Umverteilung der Abgabenlast von Arbeitszeit auf (nicht erneuerbare) Ressourcen eine große Chance für Klimaschutz und Arbeitssicherung. Steuereinnahmen aus z.B. CO₂-Steuer sollen zur Finanzierung von Energiesparmaßnahmen (insbesondere bei sozialer Bedürftigkeit) und zur Senkung der Abgaben auf Arbeitszeit verwendet werden ohne die gesamte Steuerlast zu erhöhen.

Wie sieht das Ihre Partei?

Wie rasch bzw. in welchen Zeitraum sollte die Ökologisierung umgesetzt werden und wo sehen Sie die Grenzen in der Umsetzung?

Welche „ökologischen Maßnahmen“ wird Ihre Partei bei der kommenden Steuerreform vorschlagen und zur Durchsetzung bringen?

Diese CO₂ Steuer ist eine weitere Heuschreckenplage, die letztendlich nur den kleinen Steuerzahler belastet und der damit der unbestrittene Verlierer ist – egal wieviel er persönlich zum Klimaschutz beiträgt. Der unverantwortliche Handel dieser Zertifikate samt Termingeschäften etc. ist reine Abzocke.

Tatsache ist, dass bei der derzeitigen Misswirtschaft unserer Regierung gar keine Steuerreform möglich sein wird. Sollte der unselige Vertrag von Lissabon, dem unsere Bundesregierung samt Bundesrat und dem Bundespräsidenten ohne Nachverhandlungen vorbehaltlos zugestimmt haben und damit die österreichische Souveränität zu 90% an Brüssel abgegeben haben, in Kraft treten, müssen wir statt dessen aufrüsten und mit den erhöhten Beitragszahlungen wird unserem Sozialwesen und der Volkswirtschaft der Todesstoß versetzt. Dies werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern versuchen!

5. Biomasseaktionsplan

Der österreichische Biomasseaktionsplan sieht eine Steigerung der energetischen Nutzung bezogen auf das Basisjahr 2004 um 93,5% bis 2010 und um 156% bis 2020 vor. Die Biomasseaufbringung wird jedoch lt. Biomasseaktionsplan insbesondere bei Biotreibstoffen auch ausländische Potenziale verwenden müssen.

Wie steht Ihre Partei zum Biomasseaktionsplan?

Ein unausgeglichenes Projekt, das in dieser Phase enormes Geld verschlingt, wobei nicht einmal die nötige Biomasse gesichert ist.

Wie sehen Sie die Nutzung ausländischer Biomasseressourcen?

Wir stehen für Dezentralisierung und zu lokalen Lösungen.

Was sollte bei der Biomassenutzung vorrangig beachtet werden?

Die Versorgung mit dem Rohstoff muss gesichert und rentabel sein, bevor man sich in waghalsige, finanzielle Abenteuer einlässt.

6. Biotreibstoffrichtlinie:

Trotz des Nahrungsmittelpreisanstiegs möchte die österreichische Bundesregierung die Ziele der Biotreibstoffbeimischung (10% bis 2010, 20% bis 2020) weiter verfolgen.

Wie steht Ihre Partei dazu?

Man sollte sich auf E-mobilität konzentrieren und sich nicht von einer Abhängigkeit in die nächste begeben.

Wie möchte Ihre Partei verhindern, dass die Biotreibstoffproduktion die Nahrungsmittelversorgung gefährdet – in Österreich – in den Entwicklungsländern?

Siehe oben. Es ist unverantwortlich Lebensmittel als Treibstoff zu verwenden, wenn gleichzeitig der Hunger der Welt steigt. Eine Kompensierung mit GVO ist keine Lösung.

Bis zu welcher Höhe sollte Österreich die Biotreibstoffbeimischung nach oben anstreben?
Siehe oben – Konzentration auf Umstieg in E-Mobilität

Je nach Studienautor beträgt das CO₂-Äquivalent von Biotreibstoffen von 30% bis 170% von jenem des fossilen Treibstoffes. Welchen Studien vertrauen Sie?

Keinen!

7. Pendler und Transportgewerbe sind von den hohen Treibstoffpreisen besonders betroffen. Weniger Fahrten wären zwar gut für die Umwelt, allerdings nicht immer möglich. Wie wollen Sie finanzielle Engpässe in diesen Bereichen vermeiden?

Die Treibstoffpreise unterliegen massiven Spekulations- und Termingeschäften, die Mineralölsteuer wird von unserer jetzigen Regierung nach Belieben geändert. Man muss den Treibern dieser Konzerne und einer unverantwortlichen Regierung einen Riegel vorschieben. Die ÖMV zahlt nur etwa 6,5 % Steuern bei einem Halbjahresgewinn von Euro 1,2 Mrd., während die arbeitende Bevölkerung fast 50% (inkl. soz. Vers.) berappen muss.

Das Problem muss von diesem ungerechten Aspekt her gesehen und daher auch bekämpft werden. Wenn Konzerne die gleichen Steuern wie die schwer arbeitende Bevölkerung zahlen würden, könnten die o.g. Probleme ohne Schwierigkeiten gelöst werden.

8. Förderung von Photovoltaik:
Ökostromgesetz 2003: wegen der „Deckelung“ war das 15MW-Kontingent in 14 Tagen ausgeschöpft.
Juni 2008: Photovoltaik-Investitionsförderung über den Klima-Energiefond war innerhalb eines Tages ausgeschöpft.

Stimmt nicht – es waren 23 Minuten!

Wie möchten Sie die Photovoltaik in Zukunft fördern?

Lt. offizieller Quellen werden in Österreich pro Jahr Euro 40 Mio. für die Forschung im Bereich erneuerbarer Energien ausgegeben. Wir verlangen, dass die tollen Ergebnisse, die dadurch erzielt wurden und werden auch dem österreichischen Staat und dessen Bürger zugute kommen.

Es kann nicht sein, dass mit öffentlichen Mitteln tolle Entwicklungen und Erfindungen finanziert werden, um dann auf Nimmerwiedersehen in der US-Army zu landen.

Photovoltaik würde mit der Entwicklung (w.o.) in Plastik nur 1/10 der rel. teuren Siliciumtechnik kosten. Photovoltaik wäre somit für jeden erschwinglich, sogar ohne zusätzliche staatliche Förderung.

Wie schnell darf bzw. soll die Solarenergienutzung wachsen?

So schnell es nur irgend geht !

9. Welche wirtschaftlichen Risiken und Chancen sehen Sie im Zusammenhang mit der Nutzung erneuerbare Energie und Energieeffizienz?

Risiken gibt es nur für die derzeitigen Monopolisten, die damit krampfhaft versuchen, die gesamte Bevölkerung in Geiselnhaft zu halten. Wenn liberalisiert und dezentralisiert kann Österreich energieautark werden. Ineffizienz ist durch hervorragende Techniken kein Thema mehr.

Mit freundlicher Empfehlung,

Elisabeth Sabler

RETTÖ, Wien

Tel.: 0699/1913 0763

Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme!

Für die Ausarbeitung verantwortlich:

Verein **panSol** > **Klimaschutz : Energie : Umwelt**

Gemeinsam mit

Oekonews

Eurosolar Austria

SOL

Agenda X